



Protest zur Vorkonferenz der IMK

## **Behördenversagen rechtfertigt keine Abschiebungen nach Syrien!**

**Kundgebung vor der Sächsischen Landesvertretung in Berlin / Forderung: Abschiebestopp nach Syrien verlängern, keine Gespräche mit dem Assad-Regime / Möglichkeit der Bildberichterstattung**

17. November 2020 – Die Innenminister\*innen des Bundes und der Länder entscheiden im Rahmen der Innenministerkonferenz vom 9.-11. Dezember in Erfurt, ob der Abschiebestopp nach Syrien verlängert oder möglicherweise aufgeweicht wird. Die Innenminister der B-Länder, insbesondere Sachsens und Bayerns, wollen Abschiebungen mit Verweis auf die Messerattacke eines syrischen Geflüchteten in Dresden durchsetzen.

Aktivist\*innen der Kampagne #SyriaNotSafe werden deshalb parallel zur Vorkonferenz der Innenministerkonferenz vor der Landesvertretung Sachsens in Berlin mit Bannern und Schildern demonstrieren. Sie wollen einen Brief für Sachsens Innenminister Roland Wöllner übergeben, der sich seit der Dresdener Messerattacke Anfang Oktober in besonderer Weise für die Aufhebung des Abschiebestopps einsetzt.

### **Kundgebung zur Vorkonferenz der IMK**

**19. November 2020, Beginn 10:00 Uhr**

**Vertretung des Freistaats Sachsen beim Bund  
Brüderstraße 11, 10178 Berlin**

Tatsächlich sei der Vorstoß eine Nebelkerze von Sachsens Innenminister Wöllner, der damit vom Versagen seiner Sicherheitsorgane ablenken will, so die Aktivist\*innen. Der polizeibekannt Täter war noch am Tag der Tat von sächsischen Sicherheitsbehörden observiert worden, die die Tat jedoch nicht verhinderten.

Abschiebungen nach Syrien sind seit 2012 ausgesetzt, da Rückkehrer\*innen gemäß der Lageberichte des Auswärtigen Amts Gefahr für Leib und Leben droht. Zudem werden Abschiebungen in einen Staat, in dem Folter oder Hinrichtungen drohen, von der Europäischen Menschenrechtskonvention untersagt. Schließlich wenden sich die Aktivist\*innen dagegen, dass deutsche Behörden mit den Sicherheitsbehörden des Assad-Regimes kooperieren, um Abschiebungen zu ermöglichen. Es sei undenkbar, dass die Bundesregierung mit einem Regime verhandelt, das einen gezielten Krieg gegen Zivilist\*innen führt, Chemiewaffen einsetzt, gezielt Krankenhäuser, Schulen und Märkte bombardieren lässt, über 225.000 Zivilist\*innen getötet hat, 100.000 verschwinden ließ und sechs Millionen Menschen zur Flucht zwang und weitere sechs Millionen zu

Binnenvertriebenen machte. Das Assad-Regime sei ein Fall für den internationalen Strafgerichtshof und kein Kooperationspartner für Abschiebungen!

**Es besteht vor Ort die Gelegenheit für Ton-, Bild- und Filmaufnahmen!**

**Für Rückfragen und Anmeldungen wenden Sie sich bitte an:**

Qosay Amer: 0176-21182684

Mariana Karkoutly: 0176-62879167

Svenja Borgschulte: 0163-7843912 und [presse@adoptrevolution.org](mailto:presse@adoptrevolution.org)

### **Über Adopt a Revolution**

Adopt a Revolution unterstützt seit Anfang 2012 die Arbeit der syrischen Zivilgesellschaft und vermittelt hierzulande Informationen aus der syrischen Demokratiebewegung. Unter <https://adoptrevolution.org/> stellt die Menschenrechtsorganisation aktuelle Entwicklungen aus der syrischen Zivilgesellschaft dar. Zivile Initiativen in Syrien hat Adopt a Revolution bisher mit über einer Millionen Euro aus Kleinspenden finanziell unterstützt.